

01.09.2009

*Verhaftungen, Verletzte und Tote im Sinai:*

## **Migranten zwischen ägyptischen Gewehrkegeln und israelischer Abschottung**

Wie die ägyptische Zeitung Al-Youm Al-Sabi' und weitere Medien am Samstag, den 29. August, meldeten, haben ägyptische Sicherheitskräfte drei afrikanische Migranten aufgegriffen, die im Begriff waren, die Grenze in Richtung Israel klandestin zu überschreiten. An der Grenzmarkierung Nummer 8, südlich von Rafah und Karm Salem, seien ein Sudanese, ein Eritreer sowie ein Zentralafrikaner festgenommen worden. Im Zuge erster Ermittlungen hätten sie zugegeben, Geld an Schleuserbanden gezahlt zu haben, um in das Grenzgebiet gebracht zu werden.

### **Spionagevorwurf gegen Rückkehrer**

Doch auch, wenn ein Migrant den Weg zurück wählt, kann dies heißen, in Arrest genommen zu werden. So geschah es ebenfalls am Samstag, als ägyptische Grenzer einen Sudanese festnahmen, der in die umgekehrte Richtung – von Israel ins arabische Nachbarland – wieder zurück flüchtete und sich bei der Überwindung des Stacheldrahtes verletzte. Den Grenzpolizisten erklärte der Mann, der in einem israelischen Flüchtlingslager gewesen sei, die schlechte Situation klandestin eingereister Afrikaner in Israel hätte ihn überrascht und bewogen, in sein Herkunftsland zurückzukehren, heißt es auf der Internetseite der palästinensischen Fatah, die ebenfalls von dem Fall berichtete. Die ägyptischen Sicherheitskräfte hätten ihn festgenommen und würden nun in seinem Fall ermitteln. Außerdem, und dies könnte das größte Problem des Mannes sein, habe man die sudanesishe Botschaft informiert, denn Israel – so der Vorwurf – rekrutiere klandestin eingereiste Afrikaner und schicke sie in ihre Herkunftsländer zurück, damit sie dort im Interesse Israels "spionieren und für Probleme sorgen". Ein arabisches Nachrichtenportal veröffentlich-

te sogar den vollen Namen und das Alter des Betroffenen. Dort wurde Israel konkret vorgeworfen, durch geheimdienstliche Aktivitäten in der sudanesischen Provinz Darfur für "Probleme" zu sorgen. Nähere Ausführungen bzw. Belege dafür bleibt der Artikel allerdings schuldig. Es seien bereits mehr als einmal aus Israel Zurückflüchtende in Ägypten festgenommen worden, heißt es in den Meldungen.

Berichte über Migrant\_innen, die über den Sinai sich heimlich nach Israel begeben wollten, hatte es in arabischen Zeitungen und Internetportalen während des letzten Monats (vom 31.07. bis zum 01.09.2009) zuhauf gegeben. Insgesamt ist die Rede von etwa 100 Verhafteten, die meisten von ihnen Afrikaner.

### **circa 10 Tote in diesem Jahr**

In einigen Fällen blieb es nicht bei Verhaftungen, vielmehr wurden einige Flüchtlinge verletzt bzw. fanden sogar den Tod durch Schüsse der ägyptischen Grenzpolizei. Eine vorläufige Zählung anhand arabischer Medienberichte ergibt drei Verletzte, die angeblich von Schleusern misshandelt worden sind, sowie mindestens 30 Personen, die durch die ägyptische Grenzpolizei oder auf der Flucht vor ihr Verletzungen erlitten. Mindestens sieben von ihnen trugen Schusswunden davon, und mindestens drei Migranten wurden in diesem Zeitraum durch Polizeikugeln getötet.

Die Agentur UPI berichtete am 12. August, während des letzten Jahres hätten Grenzer 1016 Versuche eines klandestinen Grenzübertritts vom ägyptischen Sinai nach Israel vereitelt. Unter den Migrant\_innen seien neben vielen Afrikanern auch Asiaten und Europäer, selbst Kinder seien dabei gewesen. Den größten An-

teil, mit 466 Personen, machten davon die Eritreer aus. Im letzten Jahr seien insgesamt 29 Menschen von ägyptischen Grenzern getötet worden. Seit Anfang 2009 zählt die Agentur DPA etwa zehn Tote. Der israelische Staat gibt derweil an, in den letzten Jahren seien circa 10.000 Afrikaner klandestin eingewandert.

### **Sinai als Alternative zur Route über Libyen**

Haaretz bot ihren Leser\_innen am 31. Juli auch eine Erklärung für die Ereignisse im Sinai an:

*"Experten und Vertreter von Hilfsorganisationen sagen, die Migrationsroute vom Horn von Afrika durch Ägypten nach Israel erlebte einen Anstieg des Migrantenstroms [sic!], da andere Routen, wie die über Libyen nach Europa, schwieriger werden."*<sup>1</sup>

Dasselbe israelische Blatt zeichnete am 11. August in einer Reportage<sup>2</sup> ein eindringliches Bild von der schwierigen Lage derjenigen afrikanischen Einwanderer, die die Grenze zwischen Ägypten und Israel erfolgreich überwandten. Im Mittelpunkt des Artikels steht die 23-jährige dreifache Mutter T. aus dem Südsudan. Vor zwei Jahren war sie, zusammen mit ihrem Ehemann S. und ihren damals zwei Kindern, aus Ägypten heimlich herübergekommen, nachdem das Leben dort unerträglich geworden war. Ihre nächtliche Flucht glückte, und sie schafften es bis Tel Aviv, wo sie trotz horrender Mieten blieben. T. arbeitete in einem Kindergarten, bis sie mit ihrem dritten Kind schwanger war. T.s Status in Israel ist prekär, denn die Behörden haben ihr bloß eine "Entlassung aus dem Gefängnis unter Auflagen" gewährt. Diese erlaubt ihr eigentlich nicht, sich zwischen den Städten Hadera und Gedera aufzuhalten, also auch nicht in Tel Aviv. An sich dürfen sie und ihr Ehemann auch nicht arbeiten, ungeachtet der Tatsache, dass sie sich und die Kinder ja irgendwie ernähren müssen. Abgesehen davon ist die sudanesisch-sudanische Familie auf die Infrastruktur der israelischen Metropole angewiesen: Hier gibt es Jobs und Wohnungseigentümer, die

bereitwillig an Migrant\_innen vermieten, wenn auch zu exorbitanten Preisen. Zudem sind hier UN-Vertretungen, zuständige Behörden, Organisationen zur Unterstützung von Flüchtlingen und, im nahe gelegenen Jaffa, eine kostenlose Praxis. Schließlich gibt es in Tel Aviv eine südsudanesisch-sudanische Community, in der man sich gegenseitig hilft. All dies würden T., S. und die drei Kinder verlieren, wenn sie von hier wegziehen müssten.

### **Prekäres Leben in Tel Aviv**

Irgendwann wird S. tatsächlich von der Einwanderungspolizei festgenommen. Sie lassen ihn wieder gehen, doch unter Bedingung, Tel Aviv samt seiner Familie binnen sechs Tagen zu verlassen. S. versucht zu tun, wie ihm geheißen, doch ohne Erfolg. Arbeitgeber und Vermieter in Hadera werden misstrauisch, wenn sie von S.' Status als "unter Auflagen entlassen" erfahren. Das Papier erweckt den Eindruck, er sei ein ehemaliger Strafgefangener. T. und S. wollen nur vorübergehend in Israel bleiben, bis die Lage im Südsudan es ihnen erlaubt, zurückzukehren. In ihrer aktuellen misslichen Lage setzt das tiefgläubige christliche Ehepaar sein Vertrauen auf Gott.

Die Situation für "Illegale" und ihre Unterstützer\_innen in Israel könnte noch sehr viel kritischer werden, ginge es nach einem Gesetzentwurf des Verteidigungsministeriums. Dieses möchte das "Gesetz zur Verhinderung von Infiltration" verschärfen. Der Entwurf, der die erste Lesung in der Knesset bereits passiert hat, sieht vor, sowohl "illegale" Einwanderer\_innen als auch ihre israelischen Unterstützer\_innen mit einer Gefängnisstrafe zu belegen. Diese würde in den meisten Fällen fünf oder sieben, unter Umständen sogar 20 Jahre betragen, warnt der Knessetabgeordnete Dov Khenin vom linken Parteienbündnis Hadash<sup>3</sup>.

Auch Anat Ben-Dor, Universitätsdozent und Flüchtlingsunterstützer in Tel Aviv, lehnt den Gesetzentwurf entschieden ab: "Illegaler Aufenthalt, darunter verstehen wir das Bereitstellen einer Unterkunft, von Essen, Medikamenten und rechtlicher Beratung, im Grunde genommen alles."

1 <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1104372.html>

2 <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1103191.html>

3 [http://www.maki.org.il/index2.php?option=com\\_content&do\\_pdf=1&id=3953](http://www.maki.org.il/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=3953)

Dies wäre für den Abgeordneten Khenin eine inakzeptable Situation: "Es ist eine Schande, dass Menschen, die helfen wollen, dafür bestraft werden. Dafür, dass sie Verantwortung übernehmen für Menschen, die hier sind, und für die sonst niemand Verantwortung übernimmt."

### **Drastische Gesetzesverschärfung geplant**

Doch nicht nur von der Hadash ist harsche Kritik an dem Gesetzesvorhaben zu hören. Am 16. August bezog auch Mark Pelavin, stellvertretender Direktor des Religious Action Center of Reform Judaism in Washington, in der Haaretz Stellung gegen den Gesetzentwurf<sup>4</sup>, den er als "zutiefst beunruhigend" bezeichnete. Statt drakonischer Gesetze gegen Flüchtlinge täte Israel besser daran, endlich die UN-Flüchtlingskonvention von 1951 zu implementieren. Viele von den hunderten Flüchtlingen, die jeden Monat nach Israel kämen, argumentiert Pelavin, wären aus Eritrea und dem Sudan. Sie suchten eine sichere Zuflucht, und einige wären vor den Gräueltaten in Darfur geflohen. Vielleicht würde eine Rückkehr in ihr Land ihren Tod bedeuten.

Das Gesetz würde dafür sorgen, dass zwischen Asylbewerbern, Arbeitsmigranten und potenziellen Terroristen nicht mehr unterschieden würde. Zwar, konzidiert Pelavin, könne Israel afrikanische Migranten und Flüchtlinge nicht in unbegrenzter Zahl aufnehmen. Doch Israel habe eine Wirtschaft auf Weltklasseniveau und sei daher in der Lage, diese Herausforderung zu bewältigen. Es müsse seine ökonomische Stärke mit Empathie und Sensibilität verbinden, um seine modernen Aufgaben im Bereich Einwanderung zu lösen.

Daneben riefen auch die Grundsätze der jüdischen Religion dazu auf, Fremde auf angemessene Weise zu behandeln. Dieses Gebot sei in der Torah ganze 36 Mal enthalten.<sup>5</sup> Gleichzeitig stellt Pelavin fest, dass Israel sich dieser Einwanderungsproblematik nicht allein stellen kann. Vielmehr teile es die Verantwortung mit

4 <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1107597.html>

5 Dieser Widerspruch zwischen religiös begründeten Grundwerten und politischer Wirklichkeit besteht natürlich nicht in Israel allein. Für Ägypten und EU-Europa z.B. dürfte Gleiches festzustellen sein.

den anderen Staaten.

Was nun Ägypten angeht, so steht dieses Land wegen der tödlichen Schüsse seiner Grenzpolizisten noch deutlicher in der internationalen Kritik. Die ägyptischen Behörden selbst rechtfertigen sich unter anderem damit, dass die Sicherheitskräfte ja immer eine Warnung bzw. einen Warnschuss abgeben würden, bevor sie scharf auf die Migranten schossen. Des Weiteren, berichtete das arabische Portal Al-Mada am 31. Juli, begründeten die ägyptischen Behörden ihr hartes Vorgehen auch mit der Befürchtung, islamistische Extremisten könnten in die unwegsamen Berggegenden des Sinai einsickern. Und auch seitens Israel soll Kairo unter Druck stehen, den "Flüchtlingsstrom" zu stoppen. Zur harten Linie der Ägypter passt auch die Abschiebung hunderter Eritreer in ihr Herkunftsland, gemeldet von Al-Mada Ende Juli. Selbst die Bewegung innerhalb Ägyptens wird bereits unter dem Gesichtspunkt "illegaler" Migration kontrolliert. So brachte Al-Masry am 14. Juni eine bemerkenswerte Meldung, derzufolge zwei Ghanaer auf der Ostseite des Suezkanals von Sicherheitskräften aufgegriffen worden seien, weil man ihnen vorwarf, "sich nach Israel einschleichen" zu wollen. Dabei ist dieses Gebiet gut 200 Kilometer von der Grenze zu Israel entfernt.

### **Ägypten macht Terrorabwehr geltend**

Die Vereinten Nationen und Organisationen wie Human Rights Watch üben indes am Umgang der ägyptischen Polizeikräfte mit den Migranten deutliche Kritik. Bereits im November vergangenen Jahres veröffentlichte Human Rights Watch einen Bericht zur Problematik unter dem Titel "Sinai Perils"<sup>6</sup> (Gefahren im Sinai). Die Menschenrechtsorganisation wirft darin beiden Staaten, Ägypten und Israel vor, sie hätten "auf den Strom über die Grenze mit einer Politik reagiert, welche grundlegende Rechte verletzt." Zwischen Juni 2007, als eine schwangere Sudanesisin aus Darfur starb, und November 2008 hätten ägyptische Grenzpolizisten mindestens 33 Migranten getötet und Dutzende verletzt.

6 <http://www.hrw.org/en/node/75941/section/1>

Auch ansonsten bietet der Umgang des ägyptischen Staates mit Flüchtlingen für Human Rights Watch vielerlei Anlass zur Kritik. In dem Land sitzen z.B. zahlreiche Eritreer in Haft, die wegen illegaler Einreise von Militärgerichten zu Strafen zwischen einem und drei Jahren verurteilt worden sind. Und in einer Juniwoche des vergangenen Jahres schob Ägypten bis zu 1200 dieser Inhaftierten nach Eritrea ab. Berichten zufolge nahmen die Behörden Eritreas 740 von ihnen nach der Ankunft fest.

### Stopp der Todesschüsse gefordert

Schwarze Migranten sind in Ägypten noch mit einem weiteren Problem konfrontiert. Human Rights Watch berichtet in seinem Report, Flüchtlinge fühlten sich durch den weit verbreiteten, bisweilen gewalttätigen Rassismus dort bedroht. Die Polizei greife dabei nicht ein, um sie zu schützen, bzw. es seien manchmal gar die Beamten selbst, von denen die rassistische Gewalt ausgehe. Da die Migranten also in Ägypten nicht bleiben können, schlussfolgert die Menschenrechtsorganisation, sähen sie sich zum "illegalen" Grenzübertritt Richtung Israel genötigt, trotz der Gefahr dabei umzukommen. Human Rights Watch hat gleich im zweiten Kapitel von "Sinai Perils" konkrete Forderungen an die beteiligten Parteien gerichtet, um die Gefahren für die Migranten auszuräumen. Zu den Hauptforderungen an Ägypten zählen die folgenden drei Punkte:

- *Anweisung an die Grenzpolizisten, tödliche Gewalt nur anzuwenden, wenn ihr Leben bedroht ist*
- *eine unabhängige Untersuchung der bis November 2008 berichteten 33 Fälle, in denen Migranten durch Polizisten erschossen oder zu Tode geprügelt wurden; strafrechtliche Verfolgung der Täter und Befehlsgeber*
- *Stopp der Militärtribunale gegen Migranten im Sinai*

Israel wiederum solle unter anderem, solange die Situation in Ägypten andauere wie beschrieben, auf "koordinierte Rückführungen" dorthin verzichten.

Schließlich meint auch Human Rights

Watch, im Einklang mit Mark Pelavin in der Haaretz, dass auch die "internationale Gemeinschaft" Verantwortung zeigen müsse. Die übrigen Staaten sollten "in Erwägung ziehen, mehr Resettlementplätze für Flüchtlinge in Ägypten und Israel zur Verfügung zu stellen". Der Resettlementgedanke<sup>7</sup> bedeutet, dass Flüchtlinge, die an ihrem derzeitigen Zufluchtsort nicht sicher sind bzw. deren Erstaufnahmeland die Aufnahme vieler Flüchtlinge nicht allein leisten kann, in einem anderen Staat aufgenommen werden. Angesprochen ist hier also auch die Bundesrepublik Deutschland. Ganz zu schweigen von der Freigabe der Route über das Mittelmeer.

### *Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg*

<sup>7</sup> vgl. [http://www.save-me-berlin.de/Fragen\\_und\\_Antworten\\_zum\\_Resettlement.html](http://www.save-me-berlin.de/Fragen_und_Antworten_zum_Resettlement.html)